

# MBI INFORMIERT

**MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN**  
**UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 05-02/16**

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,  
45468 Mülheim  
Tel. 0208 - 3899810  
Fax 0208 - 3899811

e-mail: [mbi@mbi-mh.de](mailto:mbi@mbi-mh.de)

<http://www.mbi-mh.de>

## Die reiche Stadt Mülheim bereits vor die Wand gefahren?

Verfolgt man die Abfolge der lokalen Meldungen, kann einem schwindelig werden. Das peinliche Pflaster am Rathausmarkt für viel Geld, Ratlosigkeit zur ÖPNV-Zukunft, genau wie zum Umgang mit den RWE-Aktien usw. Man glaubt nicht, dass die Verantwortlichen Mülheim noch im Griff haben, der Stadtrat am allerwenigsten!

## Rätselraten um die explosionsartige Zunahme der Arbeitslosigkeit

Wie ist es zu erklären, dass die Zahl der offiziell als arbeitslos registrierten Mülheimer binnen Jahresfrist um satte 12,1% angestiegen ist? Nirgends selbst im kriselnden Ruhrgebiet ist ein Zuwachs ähnlichen Ausmaßes festzustellen. In der Chefetage der Sozialagentur versuchte man sich auf WAZ-Anfrage an Erklärungen und machte vor allem Flüchtlinge und Ausländer als Ursache aus, was so aber nicht stimmen kann. Ist man in Mülheim etwa zu sehr daran gewöhnt, sich selbst einen in die Tasche zu lügen, ob bei RWE-Aktien, Ruhrbania, ÖPNV-Desaster, Haushaltskatastrophe oder halt nun auch den explodierenden Arbeitslosenzahlen, noch bevor die Entlassungswellen bei Siemens, FWH-Hütte, Tengelman usw. demnächst noch kommen, vom Verlust der Arbeitsstellen von Brenntag, bei RWE, Karstadt und weiteren Stahlbetrieben ganz zu schweigen? Doch auf die MBI wollte keine/r hören .....

## Hurra, das skandalöse Fallwerk ist verlagert, auch dank MBI!

Lange und beschwerlich mussten Bürgerinitiative und MBI dafür kämpfen! Jetzt ist es geschafft! Wer über die Weseler Str. fährt, kann nämlich eine wesentliche Veränderung feststellen (von der Duisburger/Heerstr. her natürlich auch): Der Blick vom Hagebaumarkt- oder TEDOX-Parkplatz zeigt ganz neue Perspektiven, ganz ohne die Monster-Falltürme mit der riesigen Kranbahn auf dem Gelände (Bild links), wo letztes Jahr noch unerträglich gelärmt wurde und Gifte Luft und Boden im Wasserschutzgebiet hochgradig belasteten! Glückwunsch an die angrenzenden Bewohner von Hofacker- und Eltener Straße! **Halbwegs ein gutes Ende eines himmel-schreienden Dauerskandals!** Über lange Zeit waren die MBI die einzigen, die den Anwohnern zur Seite standen und immer für die Verlagerung kämpften, anders als z.B. die Grünen. Ein Riesenerfolg auch für die MBI-Beharrlichkeit!



## Für ein kommunales Spekulationsverbot, ohne Wenn und Aber!

Bei den hohen Spekulationsverlusten der Stadt Mülheim geht es leider nicht nur um die **swap-Abenteuer unter ex-Kämmerer Bultmann**, siehe auch Einlegeblatt. Nachfolger **Bonan tätigte Fremdwährungskredite** in Schweizer Franken mit ebenfalls Millionen-Verlusten! Auch dazu wollte der Rat dem MBI-Antrag mit den Stimmen von SPD, CDU, FDP und Grünen nicht folgen, ihm das zu untersagen! Als die Schweiz Anfang 2015 den Mindest-Wechselkurs zum Euro beendete, bedeutete auch das Riesenverluste für die Stadt. Der MBI-Antrag, auch dieses Abenteuer zu beenden (wie in Essen und Bochum), wurde von einer großen Ratsmehrheit abgelehnt. So tickt auch diese Zeitbombe weiter.

Das mit weitem Abstand größte und verheerendste Spekulationsgeschäft der Stadt Mülheim mit desaströsen Folgen für den städtischen Haushalt aber ist das krampfhaft **Festhalten an den 10 Mio. RWE-Aktien**, auch nachdem der Niedergang des Energieriesen offensichtlich war.

### Auf den folgenden Seiten:

- ÖPNV-Zukunft in Mülheim als perspektivlose Gutachteritis? MBI-Forderungen zu Schienenverkehr **S. 2+3**
- Wochenmarkt in Mülheim, kein Ruhmesblatt Mülheimer Demokratie! ..... **S. 3**
- Die schwere Demokratiekrise auch kommunal in Mülheim ..... **S. 4**

**Einlegeblatt: Zinswettendebakel selbst verschuldet!?** Ach hätte man nur auf die MBI gehört .....

## ÖPNV-Zukunft in Mülheim als perspektivlose Gutachteritis?

**Außer Spesen wenig gewesen? Auch das 5. ÖPNV-Gutachten in Folge droht zu Nix zu führen!**

Die Katastrophe mit dem Kirchturms-Nahverkehr im Ruhrgebiet muss endlich vom Land in die Hand genommen und aufgelöst werden! Aus den Teilstädten heraus geht das nicht.

Anfang Mai 2016 wurde das Gutachten der Dresdener Firma VCBD zur „mittel- bis langfristigen Investitionsstrategie im schienengebundenen ÖPNV“ an die Fraktionen und Ausschussmitglieder der Stadt Mülheim verschickt. Auch dieses nun 5. Gutachten in wenigen Jahren ist detailliert und ausführlich mit 235 Seiten Gutachten+Anlagen sowie 23 Seiten Stellungnahme BHM+Kämmerer und 12 Seiten Stellungnahme MVG. Empfohlen wird von den Gutachtern ein Zielnetz in Ergänzung zu den Maßnahmen des Nahverkehrsplan 2013 (NVP) mit folgenden Änderungen

- 1) die kurz- bis mittelfristige Stilllegung des Kahlenberg-Astes (auch unter Inkaufnahme von Fördermittelrückzahlungen),
- 2.) eine weiterführende Abstimmung von Bahn- und Busnetz (Bus als Zubringerverkehr) sowie
- 3.) perspektivisch eine Führung der Linie 102 nach Saarn statt zum Uhlenhorst. Durch diese Maßnahmen lassen sich (zusätzlich zur oben genannten Effizienzsteigerung) weitere 3,1 Mio. € p.a. einsparen.

**Ohne bereits jetzt auf diese oder andere Empfehlungen dieses 5. Gutachters in Folge im einzelnen einzugehen, auch vorerst nicht auf das unselige und aussichtslose Wiederversuchen von „Bus statt Bahn“, vorab ein paar Bemerkungen und Forderungen, wie sie die MBI seit Jahren immer wieder vorgebracht haben:** Zur Erinnerung auch: MBI-Veranstaltung mit Prof. Monheim im Sept. 2011 (Plakat rechts)

- 1.) Ohne eine Strategie für die schnellstmögliche Verschmelzung der vielen Einzel-Verkehrsgesellschaften der Teilstädte des Ruhrgebiets dreht sich jede weitere Diskussion um die ÖPNV-Zukunft einer Teilstadt wie Mülheim notgedrungen im Kreise. Daran können auch weitere Gutachten nichts ändern, deren Auftrag ja die Aufrechterhaltung und Optimierung des jeweiligen Kirchturms-ÖPNV ist.
- 2.) Nur ein gemeinsamer Nahverkehrsplan (NVP) zumindest der DEMO-Städte (DU, E, MH, OB) kann weiterführen!
- 3.) Selbst die VIA als eher aufgestülpter Zusatzverbund zu den Einzelgesellschaften, und auch noch ohne Oberhausen, ist wahrscheinlich mit dem Ausstieg von Duisburg bereits tot. Genauer weiß oder sagt aber keine/r. Auch für die VIA-Zukunft gab es zuletzt ein teures Gutachten, für das aber wohl noch eine Nachbearbeitung in Auftrag gegeben wurde.
- 4.) In Oberhausen, Duisburg und Essen laufen jeweils separate Verfahren zur Aufstellung von Nahverkehrsplänen mit Gutachtern, Bürgerbeteiligung etcpp. .... Was im Endeffekt zueinander passt, weiß keiner. Der unausgeregnete Mülheimer NVP von 2013 ist ein Lehrbeispiel für Beschäftigungstherapie im Kirchturmsaft ohne Vorwärtsentwicklung für einen zukunftssichereren ÖPNV. Nur am Rande: Typisch, dass angeblich auf der Duisburger Linie 901, die die nagelneue Hochschule Ruhr West in Mülheim anfährt, kein 10-Minuten-Takt eingeführt werden kann, wie erforderlich. Bis zur Stadtgrenze fährt die DVG im 7 ½-Minutentakt und auf Mülheimer Gebiet im 15-Minutentakt. Eine Einigung zwischen Mülheim und Duisburg über andere Taktzeiten ist nicht in Sicht! Ähnlich bei der Linie 112 von Oberhausen bis Mülheim-Hauptfriedhof uswusf...
- 5.) Bevor Mülheim sich nun wieder mit dem RP zanken muss, weil eine Stilllegung des Kahlenbergastes, heute der umgelenkten Linie 104, real das Reststück der im Okt. stillgelegten Linie 110 aus dem Verkehr nähme. Zur Erinnerung: Vor wenigen Jahren wurde über „Beschleunigung der Linie 110“ mit vielen Millionen Landesgeldern die vorherige Kaufhofumfahrung geändert und, nicht zu vergessen, wurde darüber der fatale Verkehrsumbau der Innenstadt durch „Ruhrbania Baulos 1“ mit finanziert. Das Land muss bei Stilllegung auch noch des einzig verbliebenen Kahlenbergastes die Gelder zurückfordern, unabhängig von der Frage des verkehrlichen Werts.
- 6.) Aus der verfahrenen Situation gibt es nur den Ausweg, den die MBI seit längerem fordern: **RP und Groschek-Ministerium müssen ein Verfahren unter ihrer Leitung und Moderation in Gang setzen, dass alle Teilstädte, erst einmal zumindest die DEMO-Städte, an einen Tisch holt und sie zwingt, unverzüglich in ein Verfahren zur Zusammenlegung der Verkehrsgesellschaften einzusteigen - ohne Wenn und Aber.**



## MBI-Forderungen zum schienengebundenen ÖPNV im Zusammenhang mit dem VCDB- Gutachten, Mai 2016

- 1.) Keine weitere Stilllegung von Stra-Bahnstrecken in Mülheim d.h. insbesondere den Kahlenbergast der heutigen Linie 104 erhalten
- 2.) Den Endast der Linie 102 zum Uhlenhorst erhalten
- 3.) Den stillgelegten Flughafenast wieder in Betrieb nehmen
- 4.) Für eine zusätzliche StraBa-Linie zur Saarer Kuppe muss erst eine realistische Streckenführung vorgelegt werden, dann wären auch die MBI dafür
- 5.) Verlängerung der Linie 104 bis zur Schleife Helenenstraße in Essen
- 6.) Die U 18 bis zur neuen Hochschule in Broich weiterführen

### Unabhängig von diesen Vorschlägen zur Streckenführung von StraBahnen fordern die MBI als vordringliche Maßnahmen:

- ◆ Kürzere Taktzeiten der DVG-Linie 901 auch auf Mülheimer Stadtgebiet, auch für die Studenten der neuen Hochschule in Broich
- ◆ Eine sinnvollere Harmonisierung der Taktzeiten von städteübergreifenden Linien, neben der 901 auch der 112 zwischen MH und Oberhausen und der Nachtexpresse
- ◆ Keine weitere Verschlechterung des Angebots durch grundsätzliche Ausdünnung auf 15-Minuten-Takt auf allen Linien oder durch verschlechterte Takte in Ferienzeiten
- ◆ Viele Vorstellungen, ÖPNV-Parallelverkehr über die Schlossbrücke z.T. zu unterbinden, sind wenig realistisch und sollten unterbleiben
- ◆ Der zuständige RP-Dezernent sollte auf jeden Fall zur nächsten Ausschusssitzung geladen werden, wenn das Gutachten behandelt und abgestimmt wird, um erneute spätere Differenzen mit der Aufsichtsbehörde dieses Mal vor den Beschlüssen zu vermeiden.



### Hauptziel eines zukunftsgerechteren ÖPNV muss die Attraktivierung des Angebots sein, um mehr Fahrgäste zu bekommen. Ein wichtiger Aspekt muss auch die bessere Anbindung und Koordination mit den Nachbarstädten sein.

### Wochenmarkt in Mülheim, kein Ruhmesblatt Mülheimer Demokratie!



Der Protest kommt spät, doch er kommt: Gegen die von der Politik bereits abgesehenen Pläne der Marktgilde, den Wochenmarkt ab Juni an zwei Tagen wöchentlich von der Schloßstraße auf den Rathausmarkt zu verlegen, formiert sich Widerstand. Mehrere Geschäftsleute entlang der

Schloßstraße fürchten um ihre Existenz und sie haben eine Unterschriftenaktion initiiert, um die Verlegung des Marktes auf den Rathausmarkt noch zu verhindern. Nun ärgert sich die Werbegemeinschaft WGI des Herrn Pogge, dass Widerstand kommt. Sie nennen das eine "unseriöse und feige" Vorgehensweise der Geschäftsleute, die sich teils nicht offen zu erkennen gäben. In das gleiche Horn stößt der WAZ-Kommentar mit der Überschrift: "Gesicht zeigen". Vielleicht hätte auch die WAZ sich mal fragen müssen, warum die existenziell bedrohten Geschäftsleute auf der Schloßstr. sich nicht mehr trauen, auch noch in der WAZ genannt und dann in die Pfanne gehauen zu werden. So ist das gesellschaftliche Klima in Mülheim inzwischen nicht nur zu diesem Thema. Und die WAZ hat an dieser bedenklichen Entwicklung einen nicht unwesentlichen Anteil durch ihre oft manipulative Berichterstattung. Das war auch im März zum Thema Wochenmarkt so, als sie die ganze Wahrheit einfach nicht schreiben wollten, obwohl die MBI ihnen sogar mehrfach dazu die Informationen lieferte! **Zur Erinnerung:**

**Nichtöffentlich und per Tischvorlage beschlossen SPD, CDU, FDP und Grüne am 1. März, den Wochenmarkt an den einzigen Bewerber auf die Ausschreibung zu vergeben. Die Verwaltung wollte die bisherigen Markthändler damit betrauen, auch weil die mehr zahlen. Den Beratungsbedarf von MBI, Linken und ALFA wollte der Vorsitzende Wiechering nicht gelten lassen. Der Streit hat eine lange, unschöne Vorgeschichte. Doch das Motto war anscheinend, per Beschluss und Tischvorlage nichtöffentlich Fakten zu schaffen, um einer öffentlichen Diskussion zuvor zu kommen.**

## Die schwere Demokratiekrise auch kommunal in Mülheim

**"Die Weimarer Republik ist nicht wegen zu vieler Nazis zugrunde gegangen, sondern wegen zu weniger Demokraten" (Zitat des ex-Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker)**

Manches an den Entwicklungen in Deutschland, aber auch fast der gesamten EU, erinnert verdächtig an Weimarer Zustände. Es fehlt nur noch eine größere Wirtschaftskrise .....

Die EU-Fürsten haben mit der Türkei ein zweifelhaftes Abkommen geschlossen, das bereits am darauf folgenden Tag in Kraft trat. Kein Parlament hat das gebilligt, das EU-Parlament schon überhaupt nicht und der deutsche Bundestag noch weniger. Selbst wenn dieses Abkommen nicht derartig einseitig wäre, ..... Doch zu Hause bei den Staatshäusern der EU-Länder sieht es meist nicht viel anders aus als auf der demokratiefernen EU-Ebene. In Polen z.B. beschloss die neue Regierung die Beschränkung von Meinungs- und Pressefreiheit und die Entmachtung des Verfassungsgerichts. In Frankreich verlängerte die Regierung den Notstand, d.h. Ausschaltung weiterer Teile der Demokratie, angeblich um selbige zu schützen. In vielen anderen EU-Ländern inkl. Deutschland und Österreich sind die Tendenzen zu drastischen Beschneidungen von Demokratie und Rechtsstaat ähnlich, nicht nur in Ungarn, Kroatien, Rumänien oder Bulgarien, von der Türkei oder Russland ganz zu schweigen. Auch in den USA deutet sich mit Donald Trump nichts Gutes an.

**Kurzum: Es sieht nicht gut aus um die Verwirklichung der Ideale der französischen Revolution von Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit. Das politische Establishment in den meisten westlichen Demokratien oder den östlichen oft nur Schein-Demokratien hat viel Glaubwürdigkeit verspielt.**

Die Auflösungserscheinungen der Demokratien haben leider bereits alle Ebenen erfasst, auch in Mülheim:

Der Mülheimer Stadtrat tagte am 12. Mai, also weniger als 2 Jahre nach der Kommunalwahl Ende Mai 2014. Die Zusammensetzung des Rates hat aber nur noch wenig mit dem Ausgang der Kommunalwahlen zu tun. Die Fraktion BAMH (5 Ratsmitglieder) und die Gruppe ALFA (2 Stadträte) standen damals nicht zur Wahl, die Piraten (1 Sitz) sind aus dem Rat verschwunden ebenso die AfD (3 Sitze), die SPD hat 2 Sitze mehr als die Wähler ihnen geben wollten, die CDU 3 weniger und die MBI 2 weniger. Alle Stadtverordneten wurden bis zur Neuwahl 2020 gewählt. Was aber viele anscheinend am wenigsten interessiert, ist wohl, warum sie auf welchem Ticket und mit welchen Wahlaussagen gewählt wurden.

Warum auch immer Einzelne übergelaufen und woanders ausgetreten sein mögen, **fast immer ging es auch um Geld oder/und um Jobs, aber auch um Profilierungssucht oder sonstige Eitelkeiten.** Das gesamte Mandatswechselfeld oder auch Mandatehandel zeigt vor allem eines: **Eine erschreckende Missachtung der Wähler, dem verfassungsmäßigen Souverän in einer Demokratie.**



**Die Stadtverordneten betrachten ihre Mandate anscheinend als Eigentum und nicht als Wählerauftrag. Deshalb ist dieses "Bäumchen-wechsel-dich-Spiel" auch ein Akt des aktiven Wählerbetrugs und ein Tiefschlag gegen die kommunale Demokratie.** Juristisch ist das erlaubt, politisch aber ist der zum Massenphänomen gewordene Mandatsübertritt ein Sargnagel für das Ansehen der Volksvertretung und gleichzeitig eine Stärkung der Verwaltung, die sich bereits ohne Ratskrise besorgniserregend verselbständigt hatte, insbesondere mit der Flüchtlingskrise, die von bankrotten Städten wie Mülheim als gottgegebenes Konjunkturprogramm angesehen wurde, womit man "endlich" wieder Geld ausgeben kann in beliebiger Höhe. Je mehr die gewählte "Volksvertretung" mit sich selbst und ihren dauernden Wechselfeldern beschäftigt ist, je weniger wird sie ihrer eigentlichen Aufgabe gerecht, nämlich sich für das Wohl ihrer Stadt und deren Bürger einzusetzen, um möglichst gute Lösungen zu streiten und Schaden von der Stadt abzuwenden.

**Auf der ellenlangen Ratssitzung in Mülheim gab es vor allem folgende Punkte, die ebenfalls die ganze Misere des rasanten Zerfalls der Mülheimer Kommunaldemokratie demonstriert**

- 1.) Ratsmehrheit gegen öffentliche Behandlung der swap-Geschichten und des dubiosen Vergleichs vor Gericht
- 2.) Ratsmehrheit beschließt gegen einstimmigen BV-Beschluss, Grundstücke am Aubergweg zu verkaufen
- 3.) Ratsmehrheit inkl. der Umfaller-CDU(!) beschließt Erhalt des Flughafens bis 2024 oder sogar 2034, völlig am Mitgesellschafter Stadt Essen vorbei
- 4.) Der Rechtsdezernent verkündete zur MBI-Anfrage, warum Frau ex-OB Mühlensfeld für ihre Amtszeit bis 20.10.15 keine Aufstellung über Nebeneinkünfte vorgelegt hatte. *"Nach den zwischen dem Innenministerium NRW und den kommunalen Spitzenverbänden am 16.02.2005 abgestimmten Erläuterungen zum Korruptionsbekämpfungsgesetz gilt die Verpflichtung, die Aufstellung der Nebeneinnahmen der Kommunalvertretung vorzulegen, nicht für Ruhestandsbeamte und Ruhestandsbeamtinnen."* Um die Mülheimer CDU, aber auch um die gesamte kommunale Demokratie muss man sich Sorgen machen.

## **Zinswettendebakel als selbst verschuldeter Teufelskreis!?** **Ach hätte man nur auf die MBI gehört .....**

30.4.16: WAZ/NRZ Mülheim: *"Hinter verschlossenen Türen ist eine Einigung mit der West LB-Abwicklerin ausgehandelt. Sie belässt bei der Stadt Mülheim eine hohe Zahlungsverpflichtung. Die Stadt will nicht länger mit der Ersten Abwicklungsanstalt (EAA) der West LB um Schadenersatz für das millionenschwere Debakel mit verlustreichen Zins- und Währungswetten ringen. Sie hat mit der alten Landesbank einen Vergleich ausgehandelt, der nicht nur Millionen Euro in den Wind schießt, sondern weitere erhebliche Risiken bis ins Jahr 2026 zementiert. Nun muss die Politik entscheiden, ob sie das Angebot annimmt....."*



**Hat die Stadt Mülheim also anders als viele andere Städte keinen Anspruch auf Schadenersatz wegen der verzockten vielen swap-Millionen? Aufgrund der bisherigen BGH-Rechtsprechung wirkt das auf den ersten Blick etwas überraschend. Ist es aber nicht, weil eine große Mitschuld vorliegt! Ist also die Stadt Mülheim gut beraten, den Vergleich anzunehmen, um überhaupt noch etwas Schadenersatz zu bekommen, auch wenn damit weitere Millionenverluste, sogar zweistellig, fast unabweichlich würden? Denn: Weiter aus der WAZ vom 30.4.16:**

*".....Dabei belässt der ausgehandelte Vergleich den Großteil des Schadens, der erst im Jahr 2026 zu bilanzieren sein wird, bei der Stadt. Lediglich gut 5 Millionen Euro des bereits entstandenen Schadens (mindestens knapp 15 Millionen Euro) ist die EAA bereit zurückzuerstatten ..... künftig drohende Millionenverluste ..... Sämtliche Wettgeschäfte, für die es noch vertragliche Bindungen gibt, sollen bestehen bleiben. Dabei will sich die Stadt sofort nach einem Vergleichsabschluss aus fünf Swap-Verträgen zum "dann aktuellen Auflösungspreis" freikaufen. Welche Summe fällig sein würde, erfährt die Politik nicht. Blicke als erstes noch ein sogenannter Zahlerswap, der bis Dezember 2023 weiterlaufen würde. Aktuell macht die Stadt allein innerhalb eines Quartals einen Verlust von gut 300.000 Euro mit dieser Wette. Blicke es beim historischen Zinstief, wären nach sieben Jahren allein mit dieser Wette zusätzliche 9,8 Millionen Euro in den Sand gesetzt. .... Darüber hinaus hält die EAA noch eine Swaption im Bestand, heißt: eine Wette, die allein die Bank Ende Juni dieses Jahres für eine Laufzeit von zehn Jahren in Gang setzen kann. Da die Konditionen für die EAA derzeit vielversprechend sind, geht auch die Stadt davon aus, dass die EAA die Option zieht. Nach Berechnungen dieser Zeitung auf Basis des aktuellen Zinsniveaus drohen bis 2026 bis zu 10,5 Millionen Euro Verlust mit dieser Wette. So bliebe die Stadt am Ende ihrer unheilvollen Wethistorie möglicherweise auf einem Verlust von mehr als 30 Millionen sitzen ....."*



**Mit anderen Worten - eine verlustreiche Sackgasse, ein wahrer Teufelskreis, mit sehr hohem Anteil an Eigenverschuldung!**

Zur Erinnerung einige Stationen des unsäglichen swap-Dramas:

**2003/4:** Der später zur MEG entsorgte Kämmerer Bultmann schließt Zinswetten in großem Umfang mit städtischen Schulden ab, nachdem er vom Finanzausschuss, damals ohne MBI, nichtöffentlich von SPD, CDU, FDP und Grünen einstimmige Zustimmung, bei nur 1 Enthaltung einer CDU-Frau, erhielt! b.w.

**Juni 08:** Erst die mehrfach blockierte MBI-Anfrage brachte es ans Licht: Teure Zinsgeschäfte mit Swaps und Derivaten. Stadt verliert nach damaligem Stand mind. 6 Mio. Euro!

Nach dem BGH-Urteil von **März 2011**, dass die Deutsche Bank Schadensersatz wegen swap-Geschäften leisten müsse, beantragten die MBI 1.) ein Verbot jeglicher weiterer spekulativer finanzieller Betätigung der Stadt Mülheim und 2.) Einreichung einer Klage auf Schadensersatz wegen der Zinswettenverluste gegen Verantwortliche im Sinne des BGH-Urteils zu beschließen. Zu 2.) lautete der MBI-Antrag so:

*"Die Stadt Mülheim reicht analog der Stadt Remscheid eine Klage auf Schadensersatz wegen der swap-Verluste ein entweder gegen die WestLB und/oder die Commerzbank wegen Fehlberatung oder/und gegen den ex-Kämmerer wegen zumindest mangelnder Sorgfaltspflicht oder/und gegen die Finanzaufsicht des RP bei der Bezirksregierung Düsseldorf, die die swap-Geschäfte der damaligen Nothaushaltskommune Mülheim hätte untersagen müssen."*

Die MBI-Anträge wurden erst verschoben und dann von SPD, CDU, FDP und Grünen abgelehnt. Anstelle dessen wurden teure Gutachter beauftragt und es dauerte bis Ende 2013, bis auch von Mülheim in allerletzter Sekunde Schadensersatzklagen eingereicht wurden, aber nur gegen die beteiligten Banken WestLB sowie Commerzbank, nicht jedoch gegen Verantwortliche vor Ort wie Kämmerer und/oder OB und/oder den RP in Düsseldorf.

**Die Landgerichte in Essen und in Düsseldorf haben 2015 beide Schadensersatzklagen der Stadt Mülheim wegen Falschberatung bei den verlustreichen Geschäften mit Zinswetten, einmal gegen die Commerzbank und dann gegen die WestLB bzw. deren Nachfolgebank EAA, abgewiesen. Das LG Düsseldorf sah selbst die verlangten ersten 590.000 Euro wegen Falschberatung bei Swapgeschäften als nicht gerechtfertigt, da keine vorsätzliche Falschberatung vorliege.**

Ganz unrecht hat das LG nicht, denn die Stadt Mülheim hat jahrelang versucht, alles zu vertuschen. **Der WestLB-Anwalt warf der Stadt sogar vor, ihre ausdrücklichen Warnungen ignoriert zu haben!**

Im einzelnen zu den beiden dann doch erfolgten Klagen und der untätigen Staatsanwaltschaft

1.) Die Klage der Stadt Mülheim gegen die Commerzbank vor dem Landgericht Essen wegen Schadensersatz aus Swapgeschäften wurde im Juli 2015 ziemlich deutlich abgeschmettert.

2.) Das Landgericht Düsseldorf hat im Nov. 2015 der Mülheimer Schadenersatzklage wegen der verzockten swap-Millionen gegen die EAA wenig Erfolgsaussicht attestiert: Die Geschäfte mit hoch spekulativen Wetten auf Zinsen, die Ex-Kämmerer Gerd Bultmann vor mehr als zehn Jahren mit politischem Segen, außer von den MBI, eingefädelt hatte, drohen weitere Millionenverluste zu bringen. Der Schaden könnte auf fast 36 Millionen Euro explodieren, wie die "Bad Bank" bzw. EAA der vormaligen West LB enthüllte. Eine Katastrophe!

WAZ-Kommentar vom 13.11.15: **"Zwischen Wahnwitz, Panik und Vertuschung**

*Mehr als zehn Jahre pendelt die Stadt in der unrühmlichen Wettgeschichte zwischen Wahnwitz, Panik und Vertuschung. Sowohl das Rechtsamt im Jahr 2008 als auch jetzt die Bank haben festgestellt, dass der Ex-Kämmerer trotz Warnung vor "erheblichen Risiken" gehandelt hat. Jetzt gibt es auch erste Stimmen, die auch die Wettgeschäfte anführen als Grund, warum die Stadtspitze unter OB Mühlensfeld Bultmann 2005 unbedingt als obersten Finanzhüter loswerden wollte. Gar von millionenschweren Fehlentscheidungen ist die Rede. Wenn dem tatsächlich so ist, hätte Bultmann gar nicht mehr bei der MEG landen und später auf Kosten der Stadt spazieren gehen dürfen. Dann hätte sich die Stadt sofort trennen müssen, gegebenenfalls mit Bezug auf beamtenrechtliche Pflichtverstöße. Sie hat es nicht getan. Hätte womöglich nicht gut ausgesehen, einen auf SPD-Ticket fahrenden Wahlbeamten derart vom Hof zu jagen. . ."*

**Anfang 2012 stellte ein Saarer Mitbürger wegen der Mio.-Verluste durch swaps (damals ging man noch von "nur" 6 Mio. € aus) Strafanzeige gegen den vormaligen Kämmerer Bultmann wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder. Nach 1 Jahr stellte dann die Staatsanwaltschaft Duisburg das Verfahren Ende Feb. 13 ein, weil "...sich keine Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten des Beschuldigten Bultmann oder anderer Personen ergeben hätten" Frage: Was hatte die Staatsanwaltschaft wirklich untersucht, die Warnungen der WestLB sicher nicht! Auch zur damaligen OB hätte die StA Untersuchungen einleiten müssen, denn sie als Chefin musste alles genehmigt haben!**

**Fazit:**

**Der Versuch, die verzockten vielen swap-Millionen zu größeren Teilen zurück zu erhalten, wäre einfacher und erfolgsversprechender gewesen, wäre man den MBI-Anträgen nach dem BVG-Urteil von März 2011 möglichst umgehend gefolgt!**